

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

12.12.1927 (No. 289)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. v. d. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 cm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontrahentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Vertriebs- und Kontrahentverfahren fällt der Rabatt aus. Die Zeitung verspart, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Befoldungszahlung für Januar 1928

Der Badische Finanzminister hat veranlaßt, daß die den Beamten, Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen zustehenden Bezüge für den Monat Januar 1928 schon vor den Weihnachtsfeiertagen ausbezahlt werden. Auch die Beamten im Vorbereitungsdienst sowie die Angestellten sollen ihre Bezüge für die erste Hälfte des Jahres schon vor den Weihnachtsfeiertagen erhalten.

Zuckerung der Weine des Jahrgangs 1927

Nach § 1 des Reichsgesetzes über die Zuckerung der Weine des Jahrgangs 1927 vom 31. Oktober 1927 (Reichsgesetzblatt I Seite 326) ist für die Weine des Jahrgangs 1927 das in § 3 Absatz 1 Satz 2 des Weingesetzes vom 7. April 1909 vorgesehene Höchstmaß der Zuckerung auf ein Viertel der gesamten Flüssigkeit erhöht und gleichzeitig die Zuckerungsfrist bis zum 31. Januar 1928 verlängert worden.

Zur Behebung aufgetretener Zweifel sei darauf hingewiesen, daß die in der Erweiterung des Höchstmaßes der Zuckerung liegende Begünstigung allen verbesserungsfähigen Mosten des Jahres 1927 zugute kommen soll und deshalb auch verbesserungsbedürftige Moste des Jahrgangs 1927, selbst wenn sie bereits gegudert sein sollten, in dem durch das Gesetz gegebenen Rahmen nachgegudert werden können.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden für die Zeit vom 1. bis 7. Dezember 1927.

(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.)

Die vornehmlich (wenn auch nicht ausschließlich) saisonbedingte Verschlechterung der Arbeitsmarktlage machte weitere Fortschritte. Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger stieg so von 14 421 am 1. Dezember um 1451 auf 15 872, diejenige der Krisenunterstützungsempfänger von 6090 um 274 auf 6364.

Von der Landwirtschaft wurden in geringem Umfang Melker angefordert.

Innerhalb der Industrie der Steine und Erden war der Zugang zu den Arbeitslosen nicht übermäßig, er verteilte sich auf Angehörige des Steinhauergewerbes, der Ziegeleiindustrie und der Zementindustrie.

Auch in der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie machte sich eine gewisse Verschlechterung bemerkbar. Ein Großbetrieb ist infolge Mangels an Rohmaterial zur Entlassung von 100 Leuten geschritten. Auch kleinere Entlassungen, teils ungelerner und angelernter, teils gelernter Arbeiter waren zu beobachten. Immerhin waren sie nicht zahlreich und auch innerhalb der in der letzten Zeit weniger gut beschäftigt gewesenen Spezialindustrie der landwirtschaftlichen Maschinen sind die Entlassungen wohl zum Stillstand gekommen, bereits werden wieder Fachkräfte gesucht. Die Fahrradlampenindustrie benötigte Arbeiterinnen, die Elektroindustrie Holzerinnen. Innerhalb der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie hielt der gute Beschäftigungsgrad an, doch verminderte sich etwas die Nachfrage nach Kräften.

Ebenso blieb der Beschäftigungsgrad in der Papierindustrie im allgemeinen auf der bisherigen Höhe, die bisherige Nachfrage nach Arbeiterinnen hat allerdings aufgehört.

In der Textilindustrie machte sich eine leichte Verschlechterung der Arbeitsmarktlage (in Form von Entlassungen) bemerkbar.

Auch innerhalb der Nahrungsmittelindustrie wurde zu Entlassungen innerhalb der Zichorienfabrikation geschritten. Eine leichte Belebung des Arbeitsmarktes infolge des Weihnachtsgeschäfts war im Bäckerei- und Konditoreigewerbe festzustellen.

In der Zigarrenindustrie wird nach der Beendigung der Aussperrung vielfach mit äußerster Anstrengung gearbeitet, verschiedene Fabriken haben Neueinstellungen vorgenommen.

Auch der Arbeitsmarkt des Holz- und Schnitstoffgewerbes zeigte Verschlechterungserscheinungen (Sägewerkindustrie, Bauwerkerei). Hier wirken sich mittelbar die verminderten Beschäftigungsmöglichkeiten des Baugewerbes aus.

Im Handel machte sich eine leichte Besserung der Vermittlungstätigkeit bemerkbar, vereinzelt waren tüchtige Kontoristen, allerdings meist nur zur Ausschilfe, für die Jahresabschlussarbeiten gesucht. Auf dem Arbeitsmarkt der weiblichen Angestellten bestand gute Nachfrage nach jüngeren Verkäuferinnen der verschiedensten Branchen

für Hilfs- und für Dauerstellen, sowie Bedarf an Stenotypistinnen.

Der hotelgewerbliche Arbeitsmarkt zeigte noch kaum Anzeichen einer Belebung, da die Wintersportplätze augenblicklich mit Aufträgen im allgemeinen noch zurücklagen.

Landesbad in Baden-Baden

Das Landesbad in Baden wird am 23. Dezember 1927 geschlossen.

Letzte Nachrichten

Die Krise in der Schwerindustrie

M. Berlin, 12. Dez. (Priv.-Tel.) Der Konflikt in der rheinisch-westfälischen Industrie hat sich dadurch verschärft, daß nun noch die deutschen Arbeiterverbände unbedingt für die Drei-Schichtenverordnung eintreten, so daß keine Partei mehr in sich geschlossen in dieser Frage besteht. Es bestätigt sich, daß man an den Artikel 48 der Reichsverfassung gedacht hat, um unter Ausschreibung des Reichstags durch den Reichspräsidenten die Verordnung zunächst außer Kraft setzen zu lassen. Doch scheinen sich die Bedenken dagegen, namentlich die Person des Reichspräsidenten, derartig in den Vordergrund zu rücken, erheblich verstärkt zu haben. Vorläufig wartet der Schlichter, der ja nur die Lohnverhandlungen zu leiten hat, noch, welche Entscheidung der Reichsarbeitsminister über die Arbeitszeit trifft, weil davon die Löhne abhängen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wird heute, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, den Industriellen einen schriftlichen Bescheid zukommen lassen. Die Industriellen hatten an ihn ein Schreiben gerichtet, worin er erwidert wird, seine sog. Drei-Schichten-Verordnung, die am 1. Januar in Kraft treten soll, vorläufig aussetzen. Über den Inhalt der Antwort des Reichsarbeitsministers wird noch nichts gesagt, doch scheint Dr. Brauns eine Verschiebung der Verordnung abzulehnen, nur in einzelnen Fällen scheint er bereit, die Verordnung zunächst außer Kraft zu setzen.

Deutschland und die französisch-italienischen Schwierigkeiten

M. Berlin, 12. Dez. (Priv.-Tel.) Wie die französische Presse mitteilt, soll sich die gestrige Unterhaltung zwischen Briand und Stresemann in Genf im wesentlichen um die italienischen Angelegenheiten gedreht haben. Briand wollte den deutschen Standpunkt für seine Begegnung mit Mussolini kennen, und es ist sehr bemerkenswert, daß die Pariser Blätter heute ein Eingreifen Deutschlands, also eine Vermittlung, als willkommen bezeichnen. Nur ein Zusammengehen der drei Großmächte Deutschland, England, Frankreich könne die zwischen Paris und Rom bestehende Spannung vermindern.

Ende des Eisenbahnerstreiks im Saargebiet

WZB. Saarbrücken, 12. Dez. (Tel.) Eine gestern abgehaltene Eisenbahnerversammlung hat dem Vorschlag der Funktioneure zugestimmt, und den Vorschlag der Eisenbahndirektion angenommen, nach dem die Arbeit heute wiederaufgenommen werden soll, worauf dann über eine Wirtschaftsbefristete Verhandlungen eingeleitet werden sollen. Die Forderungen der Arbeiter auf eine Stundenzulage von 34 Centimes ist zurückgezogen worden, dagegen hat die Regierung eine solche von 18 Centimes bewilligt.

Beginn des Arensdorfer Prozesses

WZB. Berlin, 12. Dez. (Tel.) Vor der Strafkammer des Schwurgerichtes Frankfurt a. d. O. begann am heutigen Montag vormittag mit großer Spannung erwarteter Prozeß gegen den Landwirt Johann August Schmelzer wegen der Ermordung der beiden Berliner Reichsbannerleute in Arensdorf. Die Vorwürfe, die zur Erhebung der Anklage geführt haben, haben sich am Nachmittag des 26. Juni abgepielt, als die Berliner Reichsbannermitglieder den Ort Arensdorf auf dem Wege zu einem Gaustreffen in Frankfurt a. d. O. durchführten. An der sich entwickelnden Schlägerei waren außer den beiden Schmelzer noch andere Dorfbewohner beteiligt, gegen die aber das Verfahren wegen Körperverletzung abgetrennt worden ist. Gegen August Schmelzer ist Anklage wegen vollendeten und versuchten Totschlages, gegen seinen Vater wegen Anstiftung und wegen unbefugten Waffenbesitzes erhoben worden. Da fast 70 Zeugen und sieben Sachverständige zu vernehmen sind, so ist voraussichtlich mit einer längeren Prozeßdauer zu rechnen.

Ludwig Haas Spitzenkandidat für Thüringen. Auf dem demokratischen Parteitag Thüringens wurde beschloffen, den Reichstagsabgeordneten Ludwig Haas vorbehaltlich seiner Zustimmung als Spitzenkandidaten zu nominieren, da die jetzige Vertreterin der Thüringischen Demokraten im Reichstag, Frau Dr. Gertrud Bäumer, nicht mehr in einem Wahlkreis kandidieren will.

Die Etatberatungen im Reichstag

Bei der Arbeitsfülle, die der Reichstag noch in den wenigen Tagen zu bewältigen hat, die ihn von den Weihnachtsferien trennen, ist es zweifelhaft geworden, ob die erste Beratung des Etats für 1928 noch vor den Ferien erledigt werden kann. Es wird bezweifelt, daß der Reichstag noch über den 16. hinaus zusammenbleiben kann, zumal an diesem Tage die bayerische Volkspartei ihren Parteitag hat und nach alter Übung die Plenarsitzungen während der Parteitage ausfallen. Um die rechtzeitige Erledigung des Etats nicht zu gefährden, wird deshalb bei den Regierungsparteien der Gedanke erwogen, den Etat vor der ersten Beratung dem Haushaltsausschuß zur Vorbereitung zu überweisen, ein Verfahren, das schon öfter geübt worden ist. Dann bestände die Möglichkeit, daß der Haushaltsausschuß am 10. Januar seine Arbeit mit der Vorbereitung bestimmter Einzellets aufnimmt und daß das Plenum des Reichstages bei seinem Zusammentritt am 19. Januar an die große Etatsdebatte in erster Lesung sofort die Beratung derjenigen Etats knüpfen kann, die im Ausschuß schon vorbereitet worden sind.

M. Berlin, 12. Dez. (Priv.-Tel.) Der Ältestenrat des Reichstags ist heute vormittag zusammengetreten und setzt seine Beratungen zur Stunde noch fort. Es handelt sich um den Antrag der Deutschnationalen und des Zentrums, die Weihnachtsferien am Donnerstag, spätestens am Freitag, beginnen zu lassen und dann erst am 19. Januar wieder zusammenzutreten. Die Gründe liegen darin, daß man im Gegensatz zur ursprünglichen Absicht den Etat nicht mehr in erster Lesung erledigen will, um eine größere Debatte in diesem Augenblick zu vermeiden.

Aus dem Reichsetat 1928

Das „B. L.“ gibt aus dem Reichsetat für 1928 die folgenden hauptsächlichsten Ziffern: Der ordentliche Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 9356 Millionen ab, was einem Mehr von 697 Millionen gegenüber 1927 entspricht, der außerordentliche Haushalt wird diesmal nur mit 146 Millionen veranschlagt, was gegen das Vorjahr eine Minderung von 320 Millionen bedeutet. Der Gesamtbedarf im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt erreicht also die Höhe von 9502 Millionen Reichsmark. Die Überweisungen an die Länder erfordern mit 3217 Millionen 325 Millionen Reichsmark mehr als im Jahre 1927. Die Aufwendungen für Reparationszahlungen erfordern mit 1247 Millionen 348 Millionen Reichsmark mehr als im Jahre 1927. An Mehreinnahmen aus Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben sind 942 Millionen Reichsmark mehr eingeplant. Von den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Haushaltes sind folgende Positionen von Interesse: für Krisenunterstützung an Arbeitslose sind 100 Millionen, zur Ergänzung und Auffrischung von Waffen, Munition und Heeresgerät 40 Millionen, für Schiffsbauten, Verbesserung der Werftanlagen usw. 75 Millionen Reichsmark vorgeplant. Zu den oben erwähnten 1247 Millionen Reparationslasten treten 660 Millionen Reichsmark Verbindlichkeiten aus dem Schuldverschreibungsdiens der Deutschen Reichsbahn.

Dem vorläufigen Überblick entnehmen wir noch einige größere Posten an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:

Errichtung eines Neubaus für die Reichstagsverwaltung 1,2 Mill. RM., Erweiterungsbau für die Reichskanzlei 1,3 Mill. RM., Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 5,0 Mill. RM., Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1,4 Mill. RM., Studentische Wirtschaftshilfe 3,0 Mill. RM., Durchführung der Reichstagswahl 2,0 Mill. RM., Hygienemuseum in Dresden 0,5 Mill. RM., Kulturelle Förderung im besetzten Gebiet 3,0 Mill. RM., Bekämpfung von Schädlings des Weinbaues 1,0 Mill. RM., Zinsverbilligung für Darlehen zur landw. Bodenverbesserung 5,5 Mill. RM., zur Förderung der Milchwirtschaft 1,5 Mill. RM., Verbesserungen der Binnenwasserstraßen 9,3 Mill. RM., Verbesserungen der Seewasserstraßen 16,7 Mill. RM.

Bei dem außerordentlichen Haushalt sind eingeplant: Zur Förderung des landw. Siedlungswertes 50,0 Mill. RM., für produktive Arbeitslosenförderung 25,0 Mill. RM., für den Ausbau von Binnenwasserstraßen 53,0 Mill. RM.

Beim Haushalt des Reichsverkehrsministeriums werden zur Fortsetzung in den Vorjahren begonnener Maßnahmen u. a. angefordert: Für den Rhein-Meuse-Kanal 7,2 Mill. RM.

Annahme des französischen Budgets

WZB. Paris, 12. Dez. (Tel.) Die französische Kammer hat gestern vor- und nachmittags und auch noch einen Teil der vergangenen Nacht, und zwar bis nach 1 Uhr, getagt. Sie hat mit 406 gegen 125 (Kommunisten und Sozialisten) das Gesamtbudget für 1928 verabschiedet. Die Einnahmen stellen sich danach auf 42 567 853 176 Franken, die Ausgaben auf 42 515 114 127 Franken, so daß das Budget mit einem Überschuß von 52 739 049 Franken abschließt. Im Verlaufe der gestrigen Beratung mußte der Ministerpräsident verschiedentlich die Vertrauensfrage gegen Abänderungsanträge besonders der Kommunisten stellen. Insgesamt sind, wie der Kammerpräsident mitteilte, im Verlaufe der Beratung des Budgets 2600 Interventionen zu verzeichnen gewesen. Die Kammer hat sich auf Dienstag vertagt.

Deutscher Reichstag

12. Dez. Berlin, 10. Dez.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Untersuchungsausschusses, der sich mit

den Ruhrrentenschädigungen für den Bergbau

des besetzten Gebietes beschäftigt hat. Nach Aufgabe des passiven Widerstandes und nach dem Zusammenbruch der deutschen Währung war auf Grund eines Briefwechsels zwischen dem damaligen Reichsminister Dr. Stresemann und dem Großindustriellen Hugo Stinnes den Bergbauindustriellen des besetzten Gebietes als Entschädigung 715 Millionen *RM* gezahlt worden. Diese Zahlung, von der der Reichstag erst später erfuhr, hatte zur Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses geführt. Der Ausschuss erklärt in seinem Bericht, daß in der ohne Wissen des Reichstages vorgenommenen Zahlung eine objektive Verletzung des Staatrechts des Reiches vorliegt. An den Ruhrkohlenbergbau seien zwar keine Doppelzahlungen, wohl aber Überzahlungen in erheblichem Umfang erfolgt, deren Höhe mangels genauer Unterlagen nicht festgestellt werden könne. Die Bergbauindustriellen seien auch wesentlich günstiger behandelt worden als die übrigen, durch die Ruhrbesetzung Geschädigten. Der Ausschuss bezeichnet es schließlich als erwünscht, die der Großindustrie gewährte Begünstigung durch entsprechende Entschädigung der geschädigten Arbeiter und Angehörigen und des Mittelstandes auszugleichen.

In Verbindung mit dem Ausschussbericht kommt eine von den Kommunisten eingebrachte Interpellation zur Beratung, deren Inhalt wir bereits mitgeteilt haben.

In der Aussprache über den Ausschussbericht erinnert Abg. Rimbach (Soz.) daran, daß nur durch einen Zufall bekannt geworden sei, in welcher Weise im Jahre 1923 die kleine Schicht der Bergindustriellen den übrigen Ruhr-Geschädigten gegenüber bevorzugt worden sei. Dies sei am wenigsten angebracht gewesen bei jenen Bergindustriellen des Ruhrgebietes, die alles getan hätten, damit es zur Ruhrbesetzung kam. Sie hätten planmäßig die von Erberger und Rathenau verordnete Verdrängungspolitik sabotiert. Stinnes habe geradezu der Stabilisierung entgegen gearbeitet, weil er durch die Inflation riesige Gewinne erzielte, die er zum großen Teil im Ausland anlegte. Stinnes habe auch mit aller Energie den landesverräterischen Gedanken einer Reichszerschlagung, einer besonderen Ruhrprovinz, vertreten. Jetzt sei es notwendig, einen Ausgleich zu schaffen durch gerechte Entschädigung der Arbeitnehmer und des gewerblichen Mittelstandes. Dazu sei der jetzige Reichstag nicht gewillt. Der Redner schließt mit dem Ruf: „Fort mit diesem Reichstag!“

Abg. v. Vindeiner-Wildau (Deutschn.) meint, der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Müller-Franke habe i. S. eine weit objektivere Darstellung gegeben. Der sozialistisch orientierte Bergarbeiterverband habe selbst von der Regierung damals eine Entschädigung an die Bergindustrie für die Micum-Lasten gefordert, und der damalige sozialdemokratische Reichsminister Solmann habe der Entschädigung zugestimmt. Nachher sagten die sozialdemokratischen Minister, sie seien sich der realistischen Bedeutung dieser Dinge nicht bewußt gewesen. Im Ausschuss wurde zwar festgestellt, daß objektiv eine Verletzung des Staatrechts vorlag, aber mit Ausnahme der Kommunisten waren alle Parteien darin einig, daß ein subjektives Verschulden den beteiligten Ministern nicht vorzuwerfen sei. Die Feststellungen des Ausschusses stützen auch nicht die Behauptung, daß die Ruhrindustrie sich auf Kosten des Reiches bereichert habe. Diese Industrie hat aber im Entschädigungsverfahren vermöge ihrer stärkeren Organisation eine Vorzugsbehandlung erhalten gegenüber den anderen Geschädigten, die auch schwer gelitten haben. Wir erwarten von der Aussprache den Erfolg, daß nun auch die moralischen Verpflichtungen des Reiches gegenüber den übrigen wirtschaftlich schwächeren Ruhr-Geschädigten voll und schnell erfüllt werden.

Abg. Effer (Ztr.) spricht die Hoffnung aus, daß ein gründliches Studium des umfangreichen Ausschussberichtes aufklärend wirken und den Behauptungen von einem Ruhr-Ranana und von einem Riesengeschäft an die Ruhrindustrie ein Ende machen werde. Heute sei in weitesten Kreisen die Erinnerung verblaßt an den passiven Widerstand im Ruhrgebiet und daran, daß damals alle Bewohner des Ruhrgebietes ohne Unterschied der Partei und des Standes ihre Existenz aufs Spiel setzten in dem Kampf gegen die Unterdrückung. Damals sei es ein Gebot der Selbstverständlichkeit gewesen, daß der Bergindustrie die Sachlieferungen ersetzt werden mußten, auch im Interesse der Bergarbeiter. Der Ausschuss habe gründlich die Dinge untersucht und die Objektivität seines Vorsitzenden, des Abg. v. Vindeiner-Wildau, sei von allen Seiten anerkannt worden. Eine gewisse Überzahlung sei bei der Ruhrrentenschädigung nicht zu bestreiten. Der dunkelste Punkt bei der ganzen Sache sei der Umstand, daß nur dem Ruhrbergbau eine Vorzugsstellung vor allen anderen Geschädigten des Ruhrgebietes eingeräumt wurde. Erst durch die Bemühungen des Ausschusses sei eine Milderung der Härten erreicht worden. Trotzdem sei noch eine riesengroße Unzufriedenheit übrig geblieben, vor allem in den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes. Die Arbeitnehmer haben für die Durchführung der Verträge große Opfer gebracht, die auch entschädigt werden mußten. Der Redner tritt schließlich für den Ausschussbeschuß ein und er sucht um Ablehnung der Änderungsanträge. Die noch laufenden Entschädigungsansprüche sollten schleunigst in liberaler Weise erledigt werden.

Abg. Winnefeld (D. Vp.): Stinnes sei keineswegs als Urheber der Inflation zu bezeichnen. Er habe vielmehr an der Gesundung der Wirtschaft gearbeitet. Das deutsche Volk müsse darum den Führern des Ruhrbergbaues dankbar dafür sein, daß sie in die Bresche sprangen.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erklärt, die Vorzugsbehandlung der Ruhrindustrie sei durch die Untersuchungen des Ausschusses erwiesen. Die Ruhrindustrie habe auch Überzahlungen erhalten. Während der Dauer der Micum-Verträge wurden die Kohlenpreise hochgehalten, während die Löhne und Gehälter gesenkt wurden. Als Unrecht mußte es empfunden werden, daß der Ruhrbergbau von der Regierung ohne Kenntnis des Reichstages 715 Millionen *RM* bekam zu einer Zeit, in der allen übrigen Geschädigten gesagt wurde, sie könnten nichts bekommen, weil das Reich kein Geld habe. Der Rechtsanspruch der Ruhrindustriellen, der sich auf den Briefwechsel mit Dr. Stresemann stütze, sei recht zweifelhaft. Unter allen Umständen lag aber eine gräßliche Verletzung des Staatrechts des Reiches vor. Bei dieser Ruhrrentenschädigung hat sich wieder einmal die gewaltige Machtstellung gezeigt, die die schwerindustriellen Konzerne haben. Immer wieder versucht die Schwerindustrie, ihre Macht der Regierungsgewalt entgegenzustellen oder die Regierung unter ihren Einfluß zu bringen. Dagegen muß sich das Volk zur Wehr setzen.

Um 10 3/4 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag, 15. Dez., verlagert.

Der Altestenrat des Reichstages wird sich heute über den Zeitpunkt der Beratung der Besetzungsvorlage schlüssig machen. Die heutige Sitzung des Plenums gilt u. a. dem Lohnsteuer-Gesetzentwurf.

Entgegen der ursprünglichen Absicht wird die Besetzungsvorlage im Reichstage noch nicht am heutigen Montag zur zweiten Lesung kommen. Der Altestenrat, der heute vor der Plenarsitzung zusammentritt, wird sich über den Termin noch schlüssig werden. Dagegen soll heute der Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Beratung kommen, der bekanntlich vom Reichstag in bezug auf die Senkung der Lohnsteuer abgelehnt worden ist. Die Reichsregierung hat jedoch ihre Vorlage aufrechterhalten und dem Reichstage eine Doppelvorlage unterbreitet.

Der polnisch-litauische Konflikt in Genf

Ein Einigungskompromiß

In einer Nachsitzung hat der Völkerbundsrat am Samstag zum polnisch-litauischen Konflikt eine Entschlebung angenommen, in der erklärt wird, daß der Kriegszustand zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes unvereinbar sei mit der Völkerbundsatzung, durch die die beiden Staaten gebunden seien. Der Rat empfiehlt den beiden Mächten, schnellstens direkte Verhandlungen aufzunehmen und ein gutes Einvernehmen herzustellen. Im Bedarfsfalle hat der Rat seine Dienste bei diesen Verhandlungen zur Verfügung zu stellen, wobei sich die beiden Mächte verpflichten, eine Untersuchung des Völkerbundes zu erleichtern.

Als Auftakt zu den empfohlenen direkten Verhandlungen hat am Sonntag nachmittag bereits eine längere Unterredung zwischen dem polnischen Außenminister Jalecki und dem litauischen Ministerpräsidenten Wolbemas stattgefunden, der abends nach Paris abgereist ist. Es wurde vereinbart, die beiderseitigen Vorschläge über das Arbeitsprogramm der erst direkt Verhandlungen, die voraussichtlich in einer litauischen Stadt geführt werden, vor Jahresende durch Vermittlung eines in Warschau bzw. Romo vertretenen Staates austauschen zu lassen. Die Verhandlungen sollen im Laufe des Januar aufgenommen werden. Von beiden Seiten hofft man auf die vom Völkerbund für den Fall besonderer Schwierigkeiten angebotenen Vermittlungsdienste verzichten zu können.

Erklärungen von Wolbemas und Jalecki

Wolbemas erklärte bei einem Presseempfang in Genf: Die Aufhebung des Kriegszustandes sei das einzig Positive dieser Entschlebung, deren Bedeutung darin liege, daß sie die Verpflichtung zur Eröffnung von Verhandlungen zur Lösung der bestehenden Streitfragen enthalte. Was man erreichen könne, sei ein provisorischer modus vivendi, wobei die Lösung der Wilna- und damit der ganzen Grenzfrage der Zukunft vorbehalten bleibe. Der Streit um diese Fragen werde also zunächst für eine gewisse Zeitspanne ruhen. Die jetzt im Vordergrund stehenden Fragen seien rein praktischer und vorwiegend wirtschaftlicher Art und könnten am besten in direkten Verhandlungen und ohne Zuziehung Dritter gelöst werden. Wolbemas betonte, daß die Lösung dieser Fragen eng mit dem Wilna-Problem verbunden sei. So könne bei der Wiederaufnahme des Verkehrs zunächst nur der Güterverkehr in Betracht kommen, da die Wiederaufnahme des Personenverkehrs die Regelung des Passwens voraussetze. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch die Schwierigkeiten der Regelung der Militärdienstpflicht im Wilna-Gebiet. Vorläufig füge man sich auf Versprechungen, denen man aber Vertrauen entgegenbringen müsse, wozu er persönlich bereit sei.

Der polnische Minister des Auswärtigen, Jalecki, der ebenfalls die Presse empfing, betonte, daß die Entschlebung des Rats für den Frieden in Osteuropa von größter Bedeutung sei. Ohne das Eingreifen des Völkerbundes hätten sehr ernste Ereignisse eintreten können. Bei beiderseitigem guten Willen werde sich mit der Zeit eine Lage entwickeln können, die eine Gesamtregelung der bestehenden Streitfragen erschaffen lasse. Es sei selbstverständlich, daß nach dem langen Kriegszustand, während dessen auch die Verkehrsmitel verfallen seien, und also erst wieder aufgebaut werden müßten, nicht alles sofort geregelt und praktisch durchgeführt werden könne. Polen habe den lebhaften Wunsch, daß der Eisenbahnverkehr zwischen Romo und Wilna möglichst bald aufgenommen werde, und werde alles tun, um Litauen dabei entgegenzukommen. Auch auf polnischer Seite verheße man sich die Schwierigkeit und Langwierigkeit der bevorstehenden Verhandlungen nicht.

Die Abreise der Delegationen aus Genf

12. Dez. (Tel.) Nach der bereits gestern erfolgten Abreise von Bilsubski und Wolbemas werden im Verlaufe des heutigen Montags sämtliche Delegationen ebenfalls Genf verlassen. Die deutsche Delegation fährt Montag abend 6 Uhr und trifft Dienstag nachmittag wieder in Berlin ein.

Die deutsche Delegation mit dem Reichsaußenminister an der Spitze verläßt heute abend Genf, nachdem Dr. Stresemann die deutsche Presse noch zu einem Frühstück eingeladen hat. Die Sachverständigen haben Genf bereits verlassen.

Bilsubski Genfer Besprechungen

12. Dez. (Tel.) (Von dem Berichterstatter des V.D.G.-Büros.) Der polnische Ministerpräsident Marschal Bilsubski, der am Sonntag wieder nach Warschau abgereist ist, hatte während seines Aufenthaltes in Genf eine ganze Reihe Unterredungen mit den hier anwesenden Staatsmännern, vor allem mit den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens. Ganz besondere Aufmerksamkeit erregte auch die lange Unterredung von Reichsminister Dr. Stresemann mit Bilsubski. Die Aussprache zeigte deutlich, daß Bilsubski von dem lebhaften Wunsch erfüllt ist, nicht nur in den Handelsvertragsverhandlungen, sondern auch in allen anderen zwischen Deutschland und Polen stehenden Fragen zu einer Verständigung zu gelangen. Andererseits tritt man in maßgebenden Völkerbundskreisen französischen Darstellungen, die den Eindruck erwecken, daß ohne das Eingreifen Bilsubskis der Völkerbundsrat weder ein noch aus gewußt hätte und, hilflos geworden vor dem Auftreten Bilsubskis, zurückgewichen sei, ganz entschieden entgegen.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

Die saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die in jedem Winter eintreten pflegt, macht sich jetzt in vollem Umfang bemerkbar. Der Zugang an Arbeitslosen kommt in der Hauptfache von den Außenarbeitern in der Saisonberufen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug am 30. November rund 605 000 (männlich 507 000, weiblich 98 000) gegenüber 395 000 am 15. November. Sie ist also um rund 210 000 oder um 53,2 v. H. gestiegen. Wesentlich geringer ist mit 10,7 v. H. die Zunahme in der Kräfteinunterstützung. Hier stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 126 000 am 15. November auf 147 000 (männlich 120 000, weiblich 27 000) am 30. November.

Politische Neuigkeiten

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Dr. Held hielt in Regensburg in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei eine Rede über die gegenwärtige politische Lage. Er führte u. a. aus: „Der Vertrag von Locarno ist die größte Selbstentäußerung des deutschen Volkes; doch was geschehen ist, ist geschehen. Die Abrüstungsverhandlungen erweisen nicht die Hoffnung, daß durch den Völkerbund Krieges wirklich verhindert werden können. Die Verschuldung Deutschlands nimmt von Jahr zu Jahr zu. Dennoch wäre es falsch, sich gegen die Anleihepolitik aufzulehnen. Der von Dr. Schacht vor kurzem vertretene Standpunkt geht zu weit. Die Stabilität der gegenwärtigen Reichsregierung, die noch lange leben wird, muß gestärkt werden.“ Ministerpräsident Held sprach sich sodann für die religiöse Schule und gegen den Einheitsstaatsgedanken aus. Auch Österreich werde nur auf dem Wege des Föderalismus zum Reiche kommen.

Nachwahlen zum Landtag von Mecklenburg-Schwerin

Bei den Landtagswahlen in den Wahlbezirken Sietow und Grambow-Bendisch-Gaf, die auf Beschluß des Wahlprüfungsausschusses des Landtages wegen vorgekommener Wahlverstöße am gestrigen Sonntag vorgenommen wurden, erhielten die Demokraten über 60 Stimmen in beiden Bezirken mehr als bei den Landtagswahlen am 22. Mai d. J. Da ihnen damals nur sieben Stimmen zu einem zweiten Mandat fehlten, wird nunmehr ein weiterer demokratischer Abgeordneter in den Landtag einziehen. Die gegenwärtige demokratisch-sozialistische Regierung erfährt dadurch eine bedeutsame Festigung, da sie parlamentarisch nicht mehr von den Kommunisten abhängig ist. Kommunisten und bürgerliche Opposition auf der einen Seite und Regierungsparteien auf der anderen Seite verfügen nunmehr über die gleiche Anzahl der Sitze. Es stehen sich auf beiden Seiten je 26 Abgeordnete gegenüber.

Die Verleihung des Nobelpreises an Duissou und Quide.

Sonntag nachmittag fand in Oslo die feierliche Sitzung des Nobel-Institutes statt, in der Ludwig Quide und Ferdinand Duissou der Nobelpreis für Chemie zuerkannt wurde. Der König, der Kronprinz, der deutsche Gesandte und der französische Geschäftsträger nahmen an der Preisübergabe teil. Quide und Duissou brachten in kurzen Ansprachen ihren Dank für die ihnen erwiesenen Ehrungen zum Ausdruck. — In Stockholm fand in Anwesenheit des Königs die Überreichung der kulturellen Nobelpreise an die fünf Preisträger statt. Die Preisträger, die Professoren Compton-Chicago und Wilson-Cambridge, die sich in den Physikpreis des Jahres 1927 teilen, die Professoren Hibiger, Kopenhagen und Wagner von Laue, Wien, die Träger des Nobelpreises für Physiologie und Medizin für 1926 bzw. 1927 und die italienische Dichterin Grazia Deledda nahmen die Urkunde aus den Händen des Königs entgegen. Die Nobelpreise für das Jahr 1927 betragen je 128 500 Kronen, die für 1926 je 117 000 Kronen.

Verhaftung eines französischen Kommunisten. Nach der Pariser „Humanité“ ist ein Mitglied der kommunistischen Partei namens Marty (nicht zu verwechseln mit dem Abgeordneten gleichen Namens) wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam und zu kommunistischer Propaganda verhaftet worden.

Litwinow und die andern Mitglieder der Genfer Sowjetdelegation sind aus Genf wieder in Moskau eingetroffen.

Kurze Nachrichten

Brauns Antwort an Marx. Der preussische Ministerpräsident Brauns wird, wie der SPD. erfährt, im preussischen Landtag zu der Antwort des Reichsministers auf die preussische Beschwerde zu dem Telegramm Reubells an die deutsche Studentenschaft Stellung nehmen.

Die Pfälzer Zentrumspartei. Der Vorstand der Zentrumspartei der Pfalz hielt in Neustadt eine gutebesuchte Sitzung ab, in der man zu den Regensburg-Verhandlungen Stellung nahm. Einmütig wurde eine Entschlebung angenommen, in der die lokale Ausführung der in Regensburg getroffenen Abmachungen empfohlen wird, trotz der schweren Opfer, die das Zentrum der Pfalz hierfür zu bringen habe.

Friedrich von Moltke †. Auf seinem Landsitz Klein-Bresfa in Schlesien verstarb im Alter von 75 Jahren der frühere preussische Innenminister Friedrich v. Moltke, ein Bruder des verstorbenen Generalstabschefs und Neffe des Generalfeldmarschalls v. Moltke.

Gründung einer deutschen Walfangreederei. Das „W. L.“ meldet aus Hamburg, daß dort die Gründung einer deutschen Walfangreederei vollzogen worden sei, die unter dem Protektorat des deutschen Seefischereivereins steht. Die Vorarbeiten sind bereits getroffen.

Die Deutsche Theaterausstellung in Magdeburg verzeichnet ein Defizit von 691 000 *RM*.

Schwere Unruhen in Kanton. In Kanton, das wieder in Händen der Kommunisten ist, kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen eine Anzahl der Polizisten getötet wurde.

Verschiedenes

Rücktransport der beiden deutschen Flugzeuge von den Azoren

Wie Gadas aus Horta (Azoren) meldet, hat der Dampfer „Gadenstein“ die beiden deutschen Wasserflugzeuge D 1220 und D 1230, die die Überquerung des Atlantischen Ozeans aufgegeben haben, an Bord genommen und wird sie nach Hamburg transportieren.

Die Besatzung der Flugzeuge ist in Lissabon eingetroffen. Sie wird am Dienstag die Weiterreise nach Deutschland antreten.

Berunglückte Ozeanflieger

Der Flieger Corbu, der mit dem „Alauen Vogel“ zur Ozeanüberquerung geflirt, aber umgekehrt war, ist bei einem Versuchsflyge bei Le Bourget abgestürzt. Er und sein Mechaniker konnten nur als Leichen unter den Trümmern des Apparates geborgen werden.

Unterschlagungen bei einem Industriellenverband

12. Dez. (Tel.) Der Geschäftsführer des Frankfurter Metallindustriellenverbandes, Ingenieur Fuchs, wurde wegen umfangreicher Unterschlagungen verhaftet. Der Verband soll um 100 000 *RM* geschädigt worden sein.

Berwegener Raub in Berlin

12. Dez. (Tel.) Ein dreier Raubüberfall wurde mit großem Erfolg in der vergangenen Nacht in dem Etonnengebäude des Zoologischen Gartens verübt. Drei Räuber überfielen mit erhobener Waffe gegen 2 1/2 Uhr den Kassierer Heinrich Kasten und erbeuteten nicht weniger als 30 000 *RM*. Der Kassierer hatte nach Schluß des Geschäftes die Kasten und anderes Personal entlohnt und mit ihnen abgerechnet.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung,
Donnerstag, 15. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Die Tagesordnung ist folgende:

I. Mitteilung der Eingänge.

II. Beratung über den Antrag der Abg. D. Mayer-Karlsruhe u. Gen., § 16 der Geschäftsordnung des Bad. Landtags (Druck, Nr. 25).

III. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über

- die Gesetzentwürfe über
1. die durch den Fortfall der Bezeichnungen „Gerichtsschreiber“ und „Gerichtsschreiberei“ veranlaßten textlichen Änderungen verschiedener Gesetze (Druck, Nr. 33), Berichterstatter Abg. Schneider,
2. die Änderung des Fortsetzungsgesetzes (Druck, Nr. 132 vom Landtag 1925/26), Berichterstatter Abg. Obkircher;

b) den Antrag der Abg. Wilfer u. Gen., Prüfung der Bedürfnisfrage zum Ausschank geistiger Getränke bei Wald- und Gartenfesten (Druck, Nr. 13), Berichterstatter Abg. Kühn;

- die Gesetze
1. der freien Metzger- und Baderinnung in Pforzheim, Verkaufszeit im Metzger- und Badergewerbe der Stadt Pforzheim, Berichterstatter Abg. Markloff,
2. des Bad. Städteverbandes, Vollzug des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Berichterstatter Abg. Graf.

IV. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abg. von Au u. Gen., Forderung der Wohnungszwangswirtschaft (Druck, Nr. 31).

Weitere Gegenstände vorbehalten nach dem Ergebnis der Ausschüßberatungen.

Die drei Rheinbrückenprojekte

Wie aus München berichtet wird, wurde auch im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags ein Antrag gestellt, der die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß im Reichshaushaltsplan für 1928 Mittel für die grundsätzlich genehmigten pfälzisch-badischen Rheinbrücken vorgesehen werden und daß im Frühjahr 1928 mit den Bauarbeiten begonnen wird.

Der bayerische Innenminister Dr. Stübel gab nähere Auskunft über den Stand dieser Angelegenheit. Das Reichsverkehrsministerium habe seinerzeit mitgeteilt, daß es ein Drittel, die Reichsbahn ein weiteres Drittel der Kosten übernehmen würde, während die beteiligten Länder Baden und Bayern das restliche Drittel aufbringen müßten. Es sei Pflicht der beiden Länder gewesen, eine günstigere Kostenverteilung herbeizuführen, einmal schon mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage und ferner im Hinblick darauf, daß die Hauptinteressen auf dem Gebiete der Verbesserung der Schiffsverkehrsverhältnisse lägen. Sämtliche Länder hätten versucht, so hätte es zweifellos seine Interessen berührt. Vorgelegten haben nun diese Verhandlungen in Berlin stattgefunden. Sie haben zu keinem für die Länder günstigeren Ergebnis geführt. Reichsbahn und Reich haben sich nicht herbeigelassen, einer anderen Kostenverteilung zuzustimmen. Die Bayerische Regierung sei von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß an der Kostenverteilungslösung die Sache nicht scheitern dürfe und Baden und Bayern werden sich nun entschließen müssen, diesen Kostenanteil zu übernehmen. Bayern hat selbstverständlich den lebhaften Wunsch, daß das Reich die Mittel nachträglich in den Staatshaushalt einstellt, und die Bayerische Regierung wird in Berlin in diesem Sinne wirken, so daß der Antrag nicht notwendig sein werde.

Von der Murgtalbahn

Wie dem „Grenzler“ in Freudenstadt berichtet wird, trennen uns nur noch Monate von der Eröffnung der Bahnlinie **Klosterreichenbach-Kaumünzach**. Die Bahnhöfe samt den nötigen Nebengebäuden auf der ganzen Strecke sind im Rohbau fertig. Der Unterbau macht überall gute Fortschritte und geht seiner Vervollendung entgegen. Der Oberbau zwischen Klosterreichenbach und Müt ist nahezu beendet, so daß schon voraussichtlich in den nächsten Tagen die Materialzüge auf der Station Müt einlaufen können. Unterhalb Müt hat man in den letzten drei Monaten ein Kunstwerk entstehen sehen: die Brücke der Fortifikation, die aus Eisenbeton hergestellt, nunmehr das Waldgebiet um den Klosterhof herum direkt mit der Murgtalstraße verbindet. Ein ähnliches Bauwerk wird die Zufahrtsbrücke zum Bahnhof Schönmünzach werden, mit dessen Vorarbeiten begonnen worden ist.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 42 enthält Verordnungen des Staatsministeriums über die Vorbildung für den höheren badischen Staatsförsterverwaltungsdienst sowie des Ministers des Kultus und Unterrichts über die Erhebung der Landes- und Ortskirchensteuer für 1927.

Badisches Landestheater

Der Freischütz

Eine künstlerische Notwendigkeit war diese Neueinstudierung des bekannten Werkes jedenfalls nicht. Weder dekorativ noch hinsichtlich hat sich namentlich gegenüber der völlig neuen Auffassung, die vor knapp zwei Jahren Webers Oper hier erfuhr, Wesentliches geändert. Allein im Solopersonal gibt es einige Umbesetzungen, aber auch das betrifft nur männliche Rollen. So singt jetzt **Josef Witt** den Max und bestreift wiederum in sehr erfreulicher Weise, daß wir in ihm einen vielseitigen und stimmlich sich zuweilends vervollkommnenden lyrischen Tenor besitzen. Zum erstenmal zeigen sich weiter **Josef Müller** als Fürst Ottolar und **Karl Vogel** als Eremit. **Karl Heinz Löfer** ist noch meiner Erinnerung ebenfalls neu in der Rolle des Erbforstereis Runo, auch **Karl Kauffötter** (Kilian) frisch das alte Ensemble auf, von dem allein der bewährte Kaplar Dr. S. Bucherfennig übriggeblieben ist. Generalmusikdirektor **Josef Krips** betont in der musikalischen Auslegung intensiver die lyrischen Momente. Das kommt vor allen den weiblichen Hauptfiguren zugute. Stark tritt insbesondere die Agathe hervor, neben **Milie Fanz** weiß jedoch auch **Else Klant** (Annen) den ihr gebührenden Platz wohl zu behaupten. Dadurch erhalten die beiden Sängerrinnen reservierten Szenen wenigstens etwas neuartigen Reiz, während andere Partien der Partitur, u. a. auch der berühmte Volkschloßhals, nachgerade an Überromantik leiden. Das sonntägliche Publikum hat sich indessen gleich von der Ouvertüre an über die Wiederaufnahme des gesamten Werkes sehr gefreut und mit herzlichem Beifall nicht gelangt. Daher war der Vorstellung immerhin ein guter äußerer Erfolg beschieden, wie er letzten Endes im Interesse der Theaterkasse zu begründen und zu begründen ist.

Kraftwert Hrburg-Niederschwarzkopf

In den letzten Tagen des Niederrheinflusses im Rhein ist es gelungen, auf schweizerischer Seite die erste Baugrube für das neue Kraftwerk im Rhein abzugrenzen, denn die Fundamentierungen des Kraftwerkwehres erfolgen nicht mit Verwendung von Caiffons, sondern durch mögliche Trodenlegung der betreffenden Baustellen. Schon ist auf der schweizerischen Seite eine dieser Baugruben soweit gediehen, daß sie für das Fundament bloßgelegt wurde. Auf deutscher Seite ist man ebenfalls damit beschäftigt, Baugruben im Rhein abzugrenzen. Doch konnte dort die Arbeit noch nicht so weit gefördert werden, wie auf schweizerischer Seite. Während des Niederrheinflusses im Winter sollen die Fundamentierungsarbeiten möglichst rasch durchgeführt werden.

Badischer Abend in der Berliner Badischen Gesandtschaft

Aus Berlin wird berichtet: In der Badischen Gesandtschaft fand Samstagabend ein Badischer Abend statt, der durch musikalische Vorträge, Lieder zur Laute von Dr. Ebbede, Heidelberg, eingeleitet wurde. Unter den Gästen erblühte man Reichskommissar Knezer, Erz. Meidorn, Erz. Seitz, Erz. Köhlein, Generaldirektor Dr. Strauß (Hordwerke), Staatssekretär Brugger, Prof. Strauß, Prof. Gerstel, Senatspräsident Gerstel, Vorstandsmitglied des „Vereins der Badener“ zu Berlin und Vorstandsmitglieder des „Vereins der Badener“ zu Dresden. Die musikalische Unterhaltung des Abends hatten Frau von Grimm, Karlsruhe, Dr. Horschler, Klavier, und Dr. Ebbede übernommen.

Die Heidelberger Tagung des Kartells republikanischer Studenten

Vertreter der Hochschulen und Universitäten aus allen Teilen des Reiches sowie aus Wien, Innsbruck, Prag und Danzig versammelten sich am Samstag und Sonntag zur Arbeitstagung des Kartells republikanischer Studenten Deutschlands und Deutschösterreichs in Heidelberg. Der erste Tag begann mit den Sitzungen der einzelnen dem Kartell angeschlossenen politischen Verbände.

Am Samstagabend fand eine Begrüßung der Tagungsteilnehmer durch die Stadt Heidelberg in der Stadthalle statt. Herr Kolb begrüßte namens der Kartelleitung besonders die Vertreter der Staatsbehörden und die anwesenden Professoren der Universität. Badische Staatsregierung und Heidelberger Gesamtstudentenschaft wünschten der Tagung einen guten Verlauf. Großen Beifall fand die Verlesung der aus dem ganzen Reich eingelaufenen Begrüßungsschreiben, so des preußischen Ministerpräsidenten Brauns, des preußischen Kultusministers Dr. Weder und des früheren Vorkämpfers der Deutschen Studentenschaft, Dr. Otto Benede. Den Höhepunkt des Abends bildeten die Reden der Professoren v. Schulze-Gävernitz (Freiburg), Sellpach und Weber (Heidelberg). Alle drei ermahnten die junge studentische Generation, unter Hintertstellung kleinlicher parteipolitischer Erwägungen zusammenzutreten zu dem allen gemeinsamen großen Ziel: Der Erreichung einer großdeutschen sozialen Republik.

Am nächsten Vormittag traten die Delegierten aller Gruppen zu einer gemeinsamen Tagung zusammen. Der Versammlungsleiter konnte u. a. Staatsrat Warum als Vertreter der badischen Staatsregierung und Reichstagsabgeordneter Dr. Breitfeld begrüßen. Als erste kam die österreichische Delegation zum Wort. In ein Referat über die augenblickliche hochschulpolitische Lage knüpfte sich eine lebhafte Diskussion an, in der alle politischen Gruppen zum Worte kamen. Zum Schluß der Tagung brachten die Vertreter der vier im Kartell zusammengeschlossenen Verbände in Resolutionen ihre Forderung nach endgültiger Beseitigung der noch vorhandenen Restorganisationen der Deutschen Studentenschaft zum Ausdruck. In den preußischen Kultusminister wurde ein Danktelegramm für sein Eintreten für die Freiheit der deutschen Hochschulen und des großdeutschen Gebantes gesandt.

Tagungen

Tagung der badischen Tierärzte. Unter der Leitung des Vorkämpfers, Schlachthofdirektor Dr. Martin, Pforzheim, fand in Karlsruhe die Jahrestagung des Vereins badischer Tierärzte e. V. statt. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verein jetzt 195 Mitglieder zählt. Als Ort der nächsten Mitgliederversammlung wurde wieder Karlsruhe bestimmt. Im Mittelpunkt der Beratungen, denen u. a. Oberregierungsrat Neu, Veterinärarzt Dr. Hammer, die Ehrenmitglieder Prof. Dr. v. Sußner, der Direktor der früheren großherzoglichen Hochschule in Stuttgart und Veterinärarzt Köhler, Heidelberg, stand der Vortrag von Prof. Dr. Schloßel vom Tierhygienischen Institut in Freiburg über Schweinekrankheiten, unter besonderer Berücksichtigung der Schweinepest.

Der Bad. Landesverband gegen den Alkoholismus Karlsruhe e. V. hält am Freitag, dem 16. Dez., 16 Uhr, im Stadtratssaal des Rathauses in Karlsruhe eine Landesauskunftstagung ab. Auf der Tagesordnung stehen die Tätigkeitsberichte der Sonderausschüsse, der Vorschlag für 1928 und Ergänzungswahlen. Unter den Einnahmen befinden sich Zuschüsse des badischen Staates und des Reiches in unveränderter Höhe von 13 600 bzw. 21 500 M. Der Vorschlag schließt mit 45 500 M. ab.

Kreisconferenzen des Badischen Bauernvereins. Der Badische Bauernverein hält zur Zeit im ganzen Land seine sogenannten Kreisconferenzen ab, in denen die Wahl der Mitglieder zum Hauptvorstand des Badischen Bauernvereins erfolgt. Bei diesen Veranstaltungen pflegt auch eine Aussprache über wichtige Landesfragen stattzufinden, bei der insbesondere auch die Wünsche der Landwirtschaft in den verschiedenen Teilen des Landes mit Vertretern der Zentrale besprochen werden.

Lohnbewegungen in Baden

Die Lage in der Textilindustrie. Samstag nachmittag tagte in Freiburg im katholischen Vereinshaus eine sehr stark besuchte Landeskonferenz beider Textilarbeiterverbände. Es wurde zur gegenwärtigen Situation, betreffend den Schiedsspruch vom 6. Dezember, eingehend Stellung genommen. Nach stundenlanger Beratung und Debatte, wobei sehr viele Redner aus den einzelnen Betrieben zu Worte kamen, wurde beschlossen, dem Schiedsspruch zuzustimmen. In der Debatte wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Landesoberrat den Wünschen der badischen Textilarbeiterschaft nicht weitgehend genug entgegengekommen sei. Die Lohnhöhe bleibe auch nach dem Schiedsspruch gegenüber anderen Lohnbegirten im Rückstand und entspreche den gegenwärtigen Lebensverhältnissen nicht.

100prozentige Aufwertung. Die Ludwigshafener Bank für Hausbesitz, Handel und Gewerbe, die ihre früheren Sparanlagen bereits 25 Proz. aufwertete, will die Aufwertung fortsetzen und zwar im Laufe der Jahre bis zu 100 Proz. Das soll auch für die inflationsentwerteten Anteilscheine unter gewissen Voraussetzungen geschehen.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Freiburg besaßte sich am Freitag mit einer Reihe wichtiger Vorlagen. Im Mittelpunkt standen die Niederlassung der Deutschen Aetat-Kunstseide A. G. und die Errichtung eines Ehrenmals für die Gefallenen auf dem Städtischen Friedhof. Der Bürgerausschuß erteilte gegen die beiden kommunistischen Stimmen seine Zustimmung zum Verkauf von circa 250 000 Quadratmeter städtisches Gelände zwischen Güterbahnhof und Rehwald. Der Verkaufspreis beträgt 1 M pro Quadratmeter. Weiter wurde der Gesellschaft das Kaufrecht von 94 000 Quadratmeter eingeräumt. Im übrigen erklärte sich die Stadt zu steuerlichen und sonstigen Vergünstigungen bereit. Für die Errichtung eines Ehrenmals auf dem Friedhof wurden 105 000 M bewilligt. Eine Ausschreibung des Denkmalwettbewerbes findet nicht statt. Vielmehr sollen eine Reihe anerkannter badischer, vorwiegend aber Freiburger Künstler, die ihren Wohnsitz auch außerhalb Badens haben können, eingeladen werden, einen Entwurf einzureichen. Auch gegen diese Vorlage stimmten die Kommunisten. Einstimmig beschlossen wurde, dem städtischen Fürsorgeamt für Weihnachtsstunden 20 000 M zur Verfügung zu stellen. Schließlich wurden noch eine Reihe von Grundstückskäufen und Verkäufen genehmigt, darunter auch der Ankauf des sogenannten Tuscolums, des letzten Stückes Privatbesitz auf dem Schloßberg.

Aus der Landeshauptstadt

Für das badische Hygienemuseum. Der Verein Karlsruher Ärzte hat sich nach einem am 8. Dezember gehaltenen Lichtbildervortrag von Dr. Alfons Fischer über: „Bilder aus dem badischen Ärzte- und Gesundheitswesen vom 9.-19. Jahrhundert“ dafür ausgesprochen, daß eine Sammlung aller Denkmäler, welche über die Entwicklung des badischen Ärzte- und Gesundheitswesens unterrichten, planmäßig geschaffen wird. Eine solche Sammlung würde der Verbesserung des badischen Gesundheitswesens dienen und zugleich eine geeignete Grundlage für das geplante Badische Hygienemuseum bilden.

Der Rentnerbund zum Versorgungsgebot. Dieser Tage fand hier eine Hauptversammlung des Landesverbandes Baden des Deutschen Rentnerbundes statt, in der der großen Entscheidung über die abermalige Verzögerung der Verabschiedung des dem Reichstag vorliegenden Entwurfs eines Rentnerfürsorgegesetzes Ausdruck gegeben wurde. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die badischen Rentner aufgefordert werden, bei der künftigen Reichstagswahl ihre Stimmen nur für solche Parteien abzugeben, die bei den Verhandlungen für die sofortige Erlassung eines Rentnerfürsorgegesetzes entschlossen eingetreten sind.

„Hier“ — keine postalische Bezeichnung. Die Reichspostverwaltung weist darauf hin, daß bei Ortsbefindungen vielfach der Bestimmungsort überhaupt nicht oder nur mit dem Worte „Hier“ angegeben wird. Dieses mißachtet von Behörden gelebte Verfahren ist nicht am Platze. Im Verzögerungen in der Bestellung oder sonstigen Unzutrefflichkeiten vorzubeugen, muß in der Anschrift stets der Bestimmungsort gebraucht werden. „Hier“ ist keine postalische Bezeichnung.

In einer Straßsache beschlagnahmt wurden: Eine Double-Brille in Klageschlagene Alpaal-Etui und ein schwarzer Stod mit silberner Krüde; die Krüde trägt das Monogramm „S. B.“ und seitlich die Eingabierung: „Zum Andenken an 7. April 1894 b. f. Eltern“. Sachdienliche Mitteilungen über den rechtmäßigen Eigentümer erbittet das Badische Landespolizeiamt in Karlsruhe (Zimmer 70, Bezirksamtgebäude).

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden hob sich gestern vormittag die Nebeldecke, die an den vorhergehenden Tagen das Land eingehüllt hatte. Nachts trat stellenweise Aufheiterung infolge des Kaltluftvorstoßes ein. Die Temperaturen sind ausgenommen im Hochschwarzwald auf 0-4 Grad unter den Gefrierpunkt gefallen. Ein Rücken hohen Druckes bedeckt Mittel- und Norddeutschland. Seine Kaltluft fließt langsam nach Westen aus. Wir können daher für morgen bei Bewölkung in tieferen Lagen mit Fortdauer des trockenen Wetters bei leichtem Frost rechnen. Wetterausblick für 13. Dezember: Tröden mit leichtem Frost, tiefere Lagen wolbig, Hochlagen vielfach heiter, schwache Ostwinde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hb. Offenburg, 12. Dez. Gestern nachmittag fand unter großer Beteiligung der hiesigen Bevölkerung die feierliche Weihe der Kapelle des neuen Kapuziner-Klosters und deren Glode statt. Der jetzige Klosterbau stellt ein Viertel des Hauses dar. Wenn die Mittel vorhanden sind, werden die Flügel angebaut und auch die Kirche erweitert. Der Bau ist von Architekt Weis entworfen.

DJ. Aus dem Hüllental, 12. Dez. Der Bau der Ravenna-Brücke schreitet rasch vorwärts, wozu die günstige Witterung wesentlich beiträgt. Zur Zeit werden die Schienen über die Brücke gelegt, die teilweise Abtragung des Tunnel ist beendet.

Singen a. S., 10. Dez. Dank der modernen Maschinen und Hilfsmitteln im Baugewerbe und der Energie der Bauunternehmer ist es möglich, jetzt auch Kirchen in unglaublich kurzer Zeit im Rohbau fertig zu stellen. Ein Beweis dafür ist der Bau der neuen dritten katholischen Kirche, der St. Josefkirche in Singen. Nachdem am 25. September 1927 die Grundsteinlegung stattgefunden hat, ist der Rohbau nach 11 Wochen bereits so weit vorgeschritten, daß in den nächsten Tagen mit dem Aufrichten des Gebäudes begonnen werden kann.

Singen a. S., 10. Dez. Die bekannte italienische Autofabrik Fiat A. G. in Turin soll dem Vernehmen nach beabsichtigen, in Singen eine größere Montagewerkstätte einzurichten, ähnlich wie amerikanische Firmen in Norddeutschland dies für die Autobranche bereits bewerkstelligten.

Brombach, 8. Dez. Zur Zeit wird in der Wiese eine Korrekturen vorgenommen, da die verschiedenen Hochwasser der letzten Zeit das Bett der Wiese unregelmäßig ausgewaschen haben.

DJ. Bruch, 9. Dez. Der Umbau des hiesigen Fernsprechanlages zum automatischen Betrieb schreitet rüstig vorwärts. In den letzten Tagen sind die Schaltapparate angekommen, mit deren Einbau man jetzt beschäftigt ist, so daß der automatische Betrieb wenigstens teilweise in den nächsten Wochen schon in Funktion treten kann. Am Postgebäude mußte ein eigenes starkes Baugerüst aufgestellt und ein Kreuzstück umgebrochen werden, um die benötigten schweren und großen Apparate in den Telefonjaal hineinzubringen zu können.

DJ. Konstanz, 12. Dez. Auf der Landstraße zwischen Wollmatingen und Hegne stürzten am Sonntag nachmittag die auf einem Motorrad von einer Ausfahrt heimkehrenden Obergefreiten Berger und Linz von der 1. Kompanie des Konstanzer Reichswehrbataillons aus bis jetzt noch nicht aufgekärter Ursache so unglücklich vom Rade, daß beide mit schweren Schädelbrüchen in das Konstanzer Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

11. Dez. Im Haushaltsausschuss des bayerischen Landtags wurde ein Antrag angenommen, in dem die Regierung ersucht wird, wegen Bau eines Rheinbammes bei Würth — gegebenenfalls erneut — Verhandlungen zu pflegen und im Benehmen mit den damit noch in Frage kommenden Stellen dahin zu wirken, daß die Möglichkeit geschaffen wird, den zum Schutze der Land- und Forstwirtschaft dringend notwendigen Dammbau baldigt zu erstellen.

Stuttgart, 12. Dez. In Stuttgart wurde der Fakir Tola, ein Düsseldorfser, am Samstag abend nach 120stündigem Schlafe, während dessen er sich in einem Glasfarge begraben ließ, wieder „erweckt“.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	12. Dez.		10. Dez.	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	169.27	169.61	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	112.30	112.52	112.25	112.47
Italien 100 L.	22.71	22.75	22.625	22.665
London 1 Pf.	20.433	20.473	20.425	20.465
Neuyork 1 D.	4.1835	4.1915	4.1825	4.1105
Paris 100 Fr.	16.47	16.51	16.47	16.51
Schweiz 100 Fr.	80.79	80.95	80.31	80.97
Wien 100 Schilling	58.98	59.10	58.98	59.01
Beag 100 Kr.	12.40	12.42	12.398	12.418

Die amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 7. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vorwoche von 140,1 auf 139,9 leicht zurückgegangen.

Der Aufsichtsrat der J. G. Farben schlägt der am 14. Januar stattfindenden Generalversammlung die Ausgabe von nominell 250 Millionen Reichsmark Teilschuldverschreibungen zur Genehmigung vor. Die Mittel sind für den Ausbau neuer erschlossener Gebiete bestimmt. Der Geschäftsgang wird als gut bezeichnet. Man rechnet mit einer 12prozentigen Dividende.

Staatsanzeiger

An die Bezirksämter und die Herren Oberbürgermeister der Städte

Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft.
Nr. 129 131.
Norm VII.

Durch das Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 18. Juli d. J. (Reichsgesetzblatt I Seite 184), ergänzt durch das Gesetz vom 20. Oktober 1927 (Reichsgesetzblatt I Seite 325) sind die Schutzbestimmungen bezüglich der Beschäftigung von Schwangeren und Wöchnerinnen gegenüber den bisherigen Bestimmungen der Gewerbeordnung wesentlich erweitert und in ihrem Geltungsbereich erheblich ausgedehnt worden. Insbesondere ist der Mutterschutz nunmehr auch auf die Arbeiterinnen der Kleinbetriebe sowie auf weibliche Angestellte erstreckt worden. Da die Durchführung des Gesetzes eine ausreichende Unterstützung der Frau in der Zeit vor und nach der Niederkunft voraussetzt, mußte der Geltungsbereich auf solche Arbeitnehmerinnen beschränkt werden, deren Unterhalt durch die Krankenversicherungspflicht sichergestellt ist. Die Dauer der Schonzeit vor und nach der Niederkunft ist gegenüber den bisherigen Schutzbestimmungen ausgedehnt worden und beträgt jetzt je 6 Wochen, nach der Niederkunft unter Umständen 12 Wochen. Während der ganzen Dauer der Schonzeit genießt die Schwangere und Wöchnerin einen besonderen Kündigungsschutz. Endlich gibt das Gesetz einen Anspruch auf Gewährung von Stillpausen während 6 Monaten nach der Niederkunft.

Im Hinblick auf die große Bedeutung des Gesetzes scheint es wünschenswert, daß der Inhalt der Schutzbestimmungen möglichst allgemein bekannt wird. Dies wird aber nur dann zu erreichen sein, wenn alle in der Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge tätigen Personen der Bekanntgabe der Schutzbestimmungen besondere Aufmerksamkeit widmen. Es erscheint daher erforderlich, daß nicht nur die Gewerbe- und Bergaufsichtsbeamten bei ihren Betriebsbesichtigungen die Arbeitgeber, Betriebsvertretungen und Arbeitnehmerinnen auf die Schutzbestimmungen besonders aufmerksam machen, sondern daß solche Hinweise auch von Ärzten, Hebammen, Fürsorgerinnen, Krankenlastenbeamten und anderen Personen, die mit der Fürsorge für Schwangere, Wöchnerinnen und Säuglinge betraut sind, nicht ver-

äumt werden. Ferner dürfte der Ausgang der gesetzlichen Bestimmungen außer in den gewerblichen Betrieben, Büros und Verkaufsstellen auch in den dem Publikum zugänglichen Räumen der Krankenhäuser, Jugendämter, der Krankenkassen, der Krankenhäuser, der Frauenkliniken, der Entbindung-, Wöchnerinnen- und Mütterheime usw. geeignet sein einen großen Kreis von Arbeitnehmerinnen und auch Arbeitgebern mit den Bestimmungen vertraut zu machen. Es wird ersucht, alle für den dortigen Geschäftsbereich in Betracht kommenden Stellen auf Vorstehendes hinzuweisen und auf die weitgehende Verbreitung der Schutzbestimmungen hinzuwirken.

Karlsruhe, den 8. Dezember 1927.
Der Minister des Innern
K e m m e l e.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

In den Ruhestand versetzt:

Hauptlehrerin Josefine Krattenmacher an der Volksschule in Dürmersheim, Amt Rastatt, auf ihr Ansuchen, bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Geschäftliches

Die altrenommierte Karlsruher Firma N. Breitbarth, Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung, Kaiserstraße 6, hat in mehrmonatigem Umbau das bisherige Geschäftslokal bedeutend vergrößert und durch Hinzunahme des zweiten Stockwerks Räume geschaffen, die nunmehr selbst den weitgehenden Ansprüchen der Kundschaft zu entsprechen vermögen. Die Oberleitung des Baues lag in den Händen des Karlsruher Architekten Franz Wolff, der im Verein mit einer Reihe namhafter hiesiger Firmen die gestellte schwierige Aufgabe in glänzender Weise gelöst hat. Die offizielle Wiedereröffnung des Geschäftshauses findet — wie aus dem Angelegentlichkeit — am Dienstag, den 12. Dezember 1927 statt.

Der Umbau ist vollendet



Durch großzügigen Umbau und Vergrößerungen sind in meinem Hause Geschäftsräume geschaffen worden, die in neuzeitlicher Form allen Anforderungen genügen. Die zeitgemäße Umgestaltung bietet in den neuen Räumen größte Bequemlichkeit, alle Abteilungen sind bedeutend erweitert und eine unerschöpfliche Auswahl

fertiger Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung

vom einfachsten bis zum verwöhntesten Geschmack erleichtert somit den Einkauf

Die Eröffnung erfolgt

am Dienstag, den 13. Dezember, vormittags 11 Uhr und bitte um zwanglose Besichtigung!

N. Breitbarth

Spezialhaus ersten Ranges

für Herren, Jünglings- u. Knaben-Bekleidung

Karlsruhe

Kaiserstraße, Ecke Herrenstraße

Karlsruhe

Parterre und I. Etage

Gemeinde-Sparkasse Grünwettersbad.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Aktiva.		Passiva.	
	RM		RM
Darlehen gegen 1. Hypothek	29 746,—	Sparguthaben	56 191,58
Sonstige Darlehen	8 500,—	Giroguthaben	6 055,62
Schuldscheindarlehen	43 450,—	Reinvermögen	3 367,80
Darlehen in laufender Rechnung	251,51	Anlehenskapitalien	15 136,38
Aufwertung	93 631,48	Aufwertung	104 910,04
Rückstände	941,06		
Vorschlüsse	1 605,05		
Verbestand	7 635,32		
Gerätschaften	1,—		
	185 661,42		185 661,42

Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1926.

Soll.		Haben.	
	RM		RM
Zinsen für Einlagen	2 844,43	Zinsen von AktivaKapitalien	7 158,—
Zinsen und Kosten für andere Schulden	1 071,54	Gebühren und sonstige Einnahmen	285,01
Verwaltungsaufwand	2 817,90	Verlust im laufenden Rechnungsjahr	136,64
Andere Ausgaben	845,78		
	7 579,65		7 579,65

Grünwettersbad, den 24. Mai 1927.

Sparkassenverwaltung:

Verwaltungsrat: Rehmann, Bürgermeister. Verrechnung: Krafer, Rechner. Kontrolle: Göger, Altratschreiber.

Invalidenversicherung.

Die Büroräume der Kontrollämter Karlsruhe I und Karlsruhe II der Landesversicherungsanstalt Baden befinden sich jetzt **Herzstraße 6.**

Es wird daran erinnert, daß vom 2. Januar 1928 an, bei einem Wochenbruttobehalt über 36 RM, neue Beitragsmarken VII. Lohnklasse zu 2 RM zu verwenden sind, und daß die Beiträge bei Strafvermeiden stets rechtzeitig und in richtiger Lohnklasse geleistet werden müssen. R. 102

Kontrollamt Karlsruhe I und II der Landesversicherungsanstalt Baden.

Ablösungsanleihe des Kreises Heidelberg.

Bei der am 8. Dezember d. J. für die Jahre 1926 und 1927 stattgefundenen Verlosung wurden folgende Auslosungsscheine gezogen:

Nr. 24, 33, 62, 105, 129, 146, 148, 150, 176, 185, 187, 200, 209, 211, 215, 216, 219, 226, 264, 272, 277, 280, 286, 288, 300, 301, 322, 347, 357, 361, 362, 364, 366, 372, 374, 388, 393, 437, 441, 455, 461.

Die gezogenen Auslosungsscheine werden vom 31. Dezember d. J. ab mit je 87,50 RM und 5% Zins für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1927 mit je 8,75 RM abzüglich 10% Kapitalertragsteuer, zusammen mit je 95,38 RM eingelöst. Die Scheine sind mit den zugehörigen Schuldscheinen der Ablösungsanleihe zwecks Einlösung an die Kreisstelle Heidelberg, Bauerstraße 1, einzuliefern.

Heidelberg, den 9. Dezember 1927.

Der Kreisrat.

Die Gemeinde Langensteinbach ist Käufer eines leichten

Leichenwagens.

Angebote wollen bis Montag, den 19. d. M. an den Gemeinderat eingereicht werden.

Zuchtfarren-Verkauf.

Die Gemeinde Langensteinbach verkauft einen überausfertigen geförten Zuchtfarren. Unter drei bei Wahl im Alter von 15 Monat bis zwei Jahr.

COLOSSEUM

Waldstr. 16 Tel. 5599

Täglich abends 8 Uhr
Sonn- u. Feiertags 4 und 8 Uhr



Entzückend!
Fabelhaft!
Unerhört!
Sowas! Sowas!

„Er“ ist einzigartig!
Einer sagt dem Andern

Schönau. R. 101
Güterrechtsregistereintrag
Band I S. 314: Josef Kaiser,
Fuhrhalter in Schönau i.
B., und Sophie Wächler,
ohne Beruf in Aitern. Durch
Vertrag vom 24. November
1927 ist die Gütertrennung
gemäß § 1426 BGB. vereinbart.
Das Vermögen der Braut ist in § 2 des
Ehevertrags verzeichnet.
Schönau, 6. Dez. 1927.
Bad. Amtsgericht.